STADT WELS
GEMEINDERAT

STADT WELS
Rechtsangelegenheiten

Stadtplatz 1, 4600 Wels
Bearbeiter: [anonymisiert]
Zimmer Nr. 241
Tel.: +43 7242 235 4041
E-Mail: grk@wels.gv.at
UID-Nr.: ATU23478804
wels.at

Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 20. Oktober 2025**
in der Welser Stadthalle stattgefundene

39. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.05 Uhr.
Ende der Sitzung: 16.30 Uhr.

Die Verhandlungsschrift der 38. Sitzung des Gemeinderates vom 22.09.2025 liegt zur Einsichtnahme auf.

Männliche/weibliche Form im Text
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit des Textes wurde nur eine Form der Anrede gewählt. Diese steht stellvertretend für beide Geschlechter.

A n w e s e n d e

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

FPÖ-Gemeinderatsfraktion

1. Vizebürgermeister: Gerhard Kroiß
3. Vizebürgermeisterin: Christa Raggl-Mühlberger
Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Ralph Schäfer, BSc MSc

Gemeinderäte:

Thorsten Aspetzberger	Fabian Bauer	Gerhard Bruckner
Mag. Paul Hammerl, MA	GR. DI Gunter Haydinger	Christiane Kroiß
Mag. Silke Lackner	GR. KR. Herwig Karl Mayer, MBA	Carmen Pühringer, MSc
Ronald Schiefermayr	Ingo Spindler	Ing. Olivera Stojanovic, BSc
Anna Maria Wippl, BA BA LL.M.	Sandra Wohlschlager	

SPÖ-Gemeinderatsfraktion

2. Vizebürgermeister: Mag. Klaus Schinninger
Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Stefan Ganzert

Gemeinderäte:

Silvia Huber, MPA	Christian Kittenbaumer	Thomas Loibingdorfer
Gloria-Maria Umlauf	GR. Laurien Scheinecker, BA	KR. Karl Schönberge
GR. Mag. Hannah Stögermüller, MBA		

ÖVP-Gemeinderatsfraktion

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Dr. Martin Oberndorfer
Gemeinderäte:

Birgit Ebetshuber	Ludwig Vogl	GR. Andreas Weidinger
Markus Wiesinger		

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Thomas Rammerstorfer
Gemeinderäte:

Mag. Ralf Drack	Miriam Faber	Alessandro Schatzmann
Markus Faber		

NEOS
Gemeinderat
-

MFG

Gemeinderat
Jörg Wehofsich

Vom Magistrat:

[anonymisiert]

Schriftführer:

[anonymisiert]

Entschuldigt:

GR. RegRat Walter Zaunmüller
GR. Johann Reindl-Schwaighofer, MBA

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde, weist darauf hin, dass die Sitzung aufgezeichnet und im Internet übertragen wird,

b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 10.10.2025 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,

c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

A n f r a g e der SPÖ-Gemeinderatsfraktion an
Vzbgm. Kroiß betreffend
Migration, Integration und Sicherheit
Verf-015-W-25-2025

Bgm. Dr. Rabl: GR. Gloria-Maria Umlauf hat am 16.09.2025 eine Anfrage betreffend Migration, Integration und Sicherheit an Vzbgm. Gerhard Kroiß gerichtet, welche am 17.09.2025 eingelangt ist. Die Frist für die Einbringung von Anfragen für die Sitzung des Gemeinderates am 22.09.2025 endete am 15.09.2025. Für die Sitzung im September war die Anfrage daher verspätet. Die Anfrage ist aber für heutige Sitzung des Gemeinderates rechtzeitig eingebracht. Die Anfrage lautet wie folgt:

Gemäß § 10 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wels stelle ich folgende Anfrage an Sie:

Die Themen Migration, Integration und Sicherheit sind für die Entwicklung unserer Stadt von zentraler Bedeutung. Um eine fundierte Diskussion zu ermöglichen und die Weichen für eine erfolgreiche Zukunft zu stellen, ist es essenziell, dass wir uns auf belastbare Fakten und eine transparente Datengrundlage stützen können. In diesem Sinne möchten wir Ihnen die folgenden Fragen stellen:

1. Datengrundlage und Transparenz

• Auf welche konkreten statistischen Daten stützt die Stadt Wels ihre sicherheitspolitischen Einschätzungen und Entscheidungen im Kontext von Migration und Integration?
• Falls keine belastbaren Zahlen vorliegen: Auf welcher Grundlage basieren dann die aktuellen Maßnahmen und Einschätzungen?

2. Wirksamkeit der Maßnahmen

• Welche Programme zur Integration von Migrant*innen und Geflüchteten werden aktuell von der Stadt Wels umgesetzt?

• Welche messbaren Ziele verfolgen diese Programme, und wie wird deren Erfolg überprüft?
• Gibt es Evaluierungen, die die Wirksamkeit Ihrer Maßnahmen belegen?

3. Reichweite der Programme
• Wie groß ist die tatsächliche Reichweite dieser Programme im Verhältnis zur Zielgruppe?
• Wie stellen Sie sicher, dass besonders jene Menschen erreicht werden, die eine spezielle Unterstützung im Bereich Sprache, Bildung und Arbeitsmarkt benötigen?

4. Vertrauensbildung durch Fakten
• Wir sind der Überzeugung, dass eine offene und transparente Kommunikation über die Zahlen und Fakten Vertrauen bei der Bevölkerung schafft. Wie wollen Sie Vertrauen in Ihre Arbeit schaffen, wenn die Datengrundlage und die Wirksamkeit der Maßnahmen nicht klar belegbar sind?

Wir freuen uns auf Ihre präzise und faktenbasierte Antwort.

Vzbgm. Kroiß: Bezugnehmend auf die Anfrage gemäß § 10 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wels beantworte ich wie folgt:

1. Datengrundlage und Transparenz
Auf welche konkreten statistischen Daten stützt die Stadt Wels ihre sicherheitspolitischen Einschätzungen und Entscheidungen im Kontext von Migration und Integration?

ANTWORT:
Statistisches Jahrbuch, Statistik Austria, ÖIF, Kriminalstatistik, BKA.

Falls keine belastbaren Zahlen vorliegen: Auf welcher Grundlage basieren dann die aktuellen Maßnahmen und Einschätzungen?

ANTWORT:
Zahlen liegen vor.

2. Wirksamkeit der Maßnahmen
Welche Programme zur Integration von Migrantinnen und Geflüchteten werden aktuell von der Stadt Wels umgesetzt?

ANTWORT:
Deutschkurse, Kreativ-Deutsch-Förderung für Kinder, Deutschkurse für Mütter, Koko (Kommunale Kommunikation), Walk & Talk, Siedlungsfeste, Stiegenhausgespräche, gemeinsame Müllsammel- und -trennaktionen, Fest der Kulturen, Internationaler Kochabend, Nikolaus- und Osterfeiern, Ferienprogramme für Kinder, uvm.

Welche messbaren Ziele verfolgen diese Programme und wie wird deren Erfolg überprüft?

ANTWORT:
Erlernen bzw. Verbessern der deutschen Sprache, damit Erleichterung der Integration.

Gibt es Evaluierungen, die die Wirksamkeit Ihrer Maßnahmen belegen?

ANTWORT:
Bei Deutschkursen für Kinder und Mütter: Ja, durch Rückmeldung durch die Pädagogen bzw. bei Deutschkursen allgemein die Anwesenheitsliste.

3. Reichweite der Programme
Wie groß ist die tatsächliche Reichweite dieser Programme im Verhältnis zur Zielgruppe?

ANTWORT:
Es gibt keine statistischen Daten.

Wie stellen Sie sicher, dass besonders jene Menschen erreicht werden, die eine spezielle Unterstützung im Bereich Sprache, Bildung und Arbeitsmarkt benötigen?

ANTWORT:
Bereich Sprache bei Kindern und Müttern: Zusammenarbeit mit bzw. Vermittlung durch Pädagogen und Schulsozialarbeiter.
Bei Erwachsenen durch die Integrationsvereinbarung 15a, durch Mitarbeiter der Dst. Integration sowie Aufenthaltswesen, natürlich auch durch Mundpropaganda sowie Social Media, ganz besonders auch bei Wohnen im Dialog bei Einzugsgesprächen und Besuchen und bei den Siedlungsfesten und Stiegenhausgesprächen.

Bezüglich Bildung und Arbeitsmarkt darf ich Sie ersuchen, diese Anfrage an Vzbgm. Mag. Schinninger zu richten bzw. an das AMS.

4. Vertrauensbildung durch Fakten
Wir sind der Überzeugung, dass eine offene und transparente Kommunikation über die Zahlen und Fakten Vertrauen bei der Bevölkerung schafft. Wie wollen Sie Vertrauen in Ihre Arbeit schaffen, wenn die Datengrundlage und die Wirksamkeit der Maßnahmen nicht klar belegbar sind?

ANTWORT:
Die Daten sind schon belegbar.

Mitteilungen des Bürgermeisters

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
verpflichtenden Kindergartenbesuch für Kinder mit mangelnden
Deutschkenntnissen ab dem 3. Lebensjahr; Resolution
Verf-015-I-15-2025

Bgm. Dr. Rabl: Zum Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend verpflichtenden Kindergartenbesuch für Kinder mit mangelnden Deutschkenntnissen ab dem dritten Lebensjahr (Verf-015-I-15-2025), Resolution des Gemeinderates vom 30.06.2025, hat das Bundesministerium für Bildung folgendes Antwortschreiben übermittelt:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Ihr an den Herrn Bundeskanzler gerichtetes Schreiben vom 3. Juli 2025 über eine Resolution des Welser Gemeinderates vom 30. Juni 2025 betreffend „Verpflichtenden Kindergartenbesuch für Kinder mit mangelnden Deutschkenntnissen ab dem dritten Lebensjahr", das entsprechend der an Sie ergangenen Note des Bundeskanzleramtes-Ministerratsdienst vom 24. Juli 2025, GZ 2025-0.565.750, dem Ministerrat in der Sitzung am 23. Juli 2025 zur Kenntnis gebracht worden ist, wurde in Folge an mich zur weiteren Behandlung abgetreten.

Die Bundesregierung hat in ihrem aktuellen Regierungsprogramm 2025 bis 2029 einige wesentliche Ziele vorgesehen, um die elementare Bildung weiter auszubauen und qualitativ zu starken. Investitionen in die frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung sind dabei essentiell.

Ein wesentlicher Schritt zur Umsetzung einer Qualitäts- und Ausbauoffensive im Bereich der Elementarpädagogik ist die geplante neue Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die Elementarpädagogik, welche ab dem Kindergartenjahr 2027/28 in Kraft treten soll. Einer der zentralen Schwerpunkte dieser künftigen Vereinbarung soll die Einführung des zweiten verpflichtenden Kindergartenjahres sein. Daneben ist eine Ausweitung der Besuchspflicht im letzten Kindergartenjahr für Kinder mit frühem sprachlichen Förderbedarf von derzeit 20 Stunden je Woche auf 30 Stunden geplant.

Der genauen Ausgestaltung einer zukünftigen neuen Bund-Länder-Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG und damit den möglichen Verhandlungsergebnissen kann zum aktuellen Zeitpunkt — der Verhandlungsprozess wurde noch nicht einmal gestartet — nicht vorgegriffen werden.

Dass Kinder, insbesondere jene mit sprachlichen Förderbedarf, so früh wie möglich eine adäquate Förderung erhalten sollen, steht außer Frage. Dies wird durch die aktuelle Art. 15a B-VG-Vereinbarung über die Elementarpädagogik klar zum Ausdruck gebracht, denn dort liegt der Fokus der Sprachstandsfeststellungen sowie der entsprechenden Forderung bereits bei Kindern, die mit drei bzw. vier Jahren eine elementare Bildungseinrichtung besuchen. Eine Sprachstandsfeststellung im Rahmen von Eltern-Kind-Pass-Untersuchungen wird aus Sicht des Bundesministeriums für Bildung kritisch gesehen, zumal hierfür jedenfalls entsprechend sprachdiagnostisch qualifiziertes Personal erforderlich wäre und zu berücksichtigen ist, dass bei Kleinkindern die Beobachtung über einen längeren Zeitraum zu verlässlicheren Ergebnissen führt als eine punktuelle Überprüfung, die häufig durch Faktoren wie Ablenkung und Nervosität beeinträchtigt wird.

Dem Bundesministerium für Bildung ist es wichtig, durch künftige Maßnahmen bundesweit einheitliche Qualitätsstandards in der Elementarpädagogik zu etablieren. Auch wenn die Umsetzung solcher Standards gemäß Kompetenzverteilung bei den Ländern liegt, wird es ein Ziel der Gespräche zur neuen Art. 15a Vereinbarung sein, verbindliche Maßstäbe zu entwickeln und diese gemeinsam mit den Ländern sowie dem Städte- und Gemeindebund im Rahmen eines Stufenplans zu verankern. Nur durch eine enge Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften können entsprechende Fortschritte in der Elementarpädagogik erzielt werden."

D r i n g l i c h k e i t s a n t r a g der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Erarbeitung eines umfassenden Maßnahmenpaketes zur
Unterstützung von Jugendlichen ohne Beschäftigung oder Lehrstelle
Verf-015-I-21-2025

Bgm. Dr. Rabl verweist auf den Dringlichkeitsantrag.

Da zur Dringlichkeit keine Wortmeldungen abgegeben werden, wird sofort darüber abgestimmt.

Dem Antrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Bgm. Dr. Rabl: Der Antrag wird am Schluss der Tagesordnung behandelt.

D r i n g l i c h k e i t s a n t r a g der ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend
Beginn der Planungen für den Neubau der Volksschule West
Verf-015-I-22-2025

Bgm. Dr. Rabl verweist auf den Dringlichkeitsantrag.

Da zur Dringlichkeit keine Wortmeldungen abgegeben werden, wird sofort darüber abgestimmt.

Dem Antrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Bgm. Dr. Rabl: Der Antrag wird am Schluss der Tagesordnung behandelt.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

1.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels;
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat
FD-Buch-14-2025/017

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 07.10.2025:

Die in der Anlage 1 dargestellten Kreditübertragungen und die in der Anlage 2 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Der Antrag zu Punkt 1. der Tagesordnung wird mit

33 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-, GRÜNE-Fraktion ohne GR. Mag. Drack, MFG)
gegen 1 Stimmenthaltung (GR. Mag. Drack)

angenommen.

2.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels;
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat
FD-Buch-14-2025/018

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 07.10.2025:

Die in der Anlage 1 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

3.)

GR-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
FD-Buch-14-2025/019

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 07.10.2025:

Die beantragten Kreditüberschreitungen (Anlage 1 und 2) werden genehmigt.

Einstimmig angenommen.

4.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels, mit der die
Geschäftsordnung des Stadtsenates der Stadt Wels (GOSt)
abgeändert wird (8. Novelle der GOSt)
Verf-015-W-10-2025

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 07.10.2025:

Die 8. Novelle der Geschäftsordnung für den Stadtsenat der Stadt Wels (8. Novelle der GOSt.) wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

5.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels, mit der die
Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wels und
seiner Ausschüsse (GOGR) abgeändert wird (13. Novelle der GOGR)
Verf-015-W-11-2025

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 07.10.2025:

Die 13. Novelle der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wels und seiner Ausschüsse (13. Novelle der GOGR) wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

6.)

Liefervertrag Gas 2026;
Abschluss eines Liefervertrages zum Bezug von Gas für 2026
Vorausverfügung durch den Stadtsenat – nachträgliche Genehmigung
BauD-KFM-260-2025, miterledigt:
ZE-022-1-188-2025

Der Antrag lautet:

Der Liefervertrag (Beilage ./1) mit der [anonymisiert] betreffend die Lieferung von Gas mit einer voraussichtlichen Brutto-Auftragssumme von € 91.485,00- inkl. USt. wird beschlossen.

Die vom Stadtsenat gem. § 47 Abs. 5 StW. 1992, i.d.g.F., durchgeführte Vorausverfügung wird nachträglich genehmigt.

GR. Schatzmann: Auch wenn der aktuelle Gasvertrag akzeptabel wirkt, zeigt er eines ganz gut. Gas bleibt unsicher und teuer. Schon jetzt steigt das Netzentgelt um 30% und ab 2027 wird der Gebäudesektor im europäischen Emissionshandel einbezogen. Das heißt, weitere Kostensteigerungen sind unausweichlich. Die Stadt hat ihren Gasverbrauch bereits deutlich reduziert von 2,4 Millionen Kilowattstunden im Jahr 2022 auf rund 1 Million Kilowattstunden im Jahr 2025. Das ist ein Erfolg, an dem wir konsequent weiterarbeiten sollten. Einige städtische Gebäude liegen bereits in der Nähe bestehender Fernwärmeleitungen. Etwa das Friedhofsgebäude, die VS in Noitzmühle oder die VS 7. Hier sollte geprüft werden, wie rasch ein Anschluss möglich ist. Jeder Standort, der von Gas auf Fernwärme umgestellt wird, spart nicht nur CO2 und schützt damit unser Klima, sondern senkt langfristig unsere Kosten und Risiken für die Stadt.

GR. Mag. Drack: Der Umstieg von fossilen Energien auf nachhaltige Energieformen ist sehr zu begrüßen und die Stadt Wels hat große Erfolge in diesem Punkt erlangt. Wir haben einige Amtsgebäude bereits an die Fernwärme angeschlossen und ich habe mir die Rechnungsabschlüsse angeschaut. Auch an diesen Zahlen sieht man, dass das ein Riesenerfolg ist, auch in finanzieller Hinsicht. So haben wir 2023 402.000,- € für Gas ausgegeben und 2024 126.500,- €. Natürlich ist der Gaspreis auch gesunken, aber es ist unter anderem auf den Anschluss an die Fernwärme und auf das Bewusstsein, dass fossile Brennstoffe nicht die Energieform der Zukunft sind, zurückzuführen. Ein paar Gebäude habe ich mir angesehen, wo der Gasverbrauch noch sehr hoch ist und wo es vielleicht Anstrengungen der Stadt brauchen würde. Das sind vor allem das Sportzentrum Wimpassing und die Sportplätze. Dort haben wir den mit Abstand höchsten Gasverbrauch und hier braucht es Anstrengungen, um den Verbrauch weiter zu reduzieren.

GR. Mag. Hammerl, MA: Es freut mich auch sehr, dass ihr endlich anerkennt, dass die Stadt Wels schon seit sehr vielen Jahren eine sehr wegweisende Entscheidung getroffen hat, nämlich auf Fernwärme zu setzen - nämlich Fernwärme, ausgekoppelt aus unserer Müllverbrennungsanlage, wo Fernwärme nachhaltig produziert werden kann und auch alle Amtsgebäude mittlerweile umgestellt sind. Dort, wo Fernwärme eine Möglichkeit bietet, werden die ganzen Amtsgebäude mit Fernwärme versorgt. Beispielsweise die Burg oder auch das Altenheim Laahen.

Nichtsdestotrotz kann Fernwärme noch immer nicht per WLAN gesendet werden. Damit ist man eben ein entsprechend rohrgebundenes Medium, weshalb alle Liegenschaften, die in der Nähe der Fernwärmeleitung sind, bereits angeschlossen . Nichtsdestotrotz muss man das in Verbindung setzen, wo die Fernwärmeleitung ist und wie weit der Weg zum nächsten Anschluss ist. Das geht einfach nicht anders.

Vielleicht darf ich noch eine kleine Anekdote zur Fernwärme in ihre Richtung, liebe GRÜNEN, bringen. Bekannterweise prüft derzeit die EU, ob man nicht die Fernwärmerzeugung - nämlich die Müllverbrennung aus Abfall - in den CO2 Handel mit einbringen soll. Das führt klassischerweise dazu, dass jetzt plötzlich darüber diskutiert wird, ob man auch in Zukunft Müll tatsächlich verbrennen oder ob man es nicht lieber deponieren soll.

Wer sich tatsächlich einmal mit Abfallwirtschaft beschäftigt hat und - Herr StR. Rammerstorfer macht das ja ganz ausgezeichnet - der weiß, dass Mülldeponien das absolut Schlechteste sind. Bekannterweise werden dort Deponiegase freigesetzt, die um den Faktor 80 schlechter sind als CO2, welches bei der Müllverbrennung entsteht. Also sind wir froh, dass wir so eine nachhaltige Müllverbrennung in Wels haben und schauen wir, dass man diese grüne Ideologie, die uns leider den Energieträger weiterhin verteuern wird, etwas hintanhalten. Symbolpolitik sollte man vermeiden. Es bedarf einer Energiepolitik mit Hausverstand. Damit sollte man das eher nicht nachverfolgen, was die EU vorhat. Würde das nämlich tatsächlich umgesetzt, würde gleich einmal der Fernwärmepreis um 40 % steigen. Ich glaube, das ist eine Entwicklung, die keiner von uns möchte. Von daher darf ich noch einmal appellieren, die Ideologie - gerade in dem Bereich - etwas hintanzuhalten.

StR. Rammerstorfer: Ich muss mich jetzt zu dem Punkt als dritter GRÜNER nochmal äußern. Lieber Paul, es ist mir neu, dass man innerhalb der Europäischen Union eine absolute Mehrheit der GRÜNEN in der Kommission oder im Parlament hätte. Das ist mir bislang entgangen.

Zum Thema der Einrechnung der Fernwärme aus der Abfallverwertung arbeiten wir daran seit zwei Jahren. Es gab auch schon Treffen mit der [anonymisiert] und auch mit Kollegen aus der Bundespolitik, als wir noch in der österreichischen Bundesregierung vertreten waren. Ich hoffe, dass es diesbezüglich auch weitere Bemühungen gibt. Von unserer Seite gibt es sie wie gesagt seit zwei oder drei Jahren. Da war auch [anonymisiert] (damaliger Energiesprecher) zu Gast. Wir werden mit Sicherheit dranbleiben und wir freuen uns sehr, wenn die Freiheitlichen oder auch ihre europäischen Vertretungen sich als Verbündete anbieten. Da muss man natürlich jeden nehmen, den man in so einer wichtigen Sache bekommen kann.

Eine Deponierung wäre ein großer Rückschritt. Wir haben durch die Deponierung, die ja seit den 90er Jahren für Restmüll an sich verboten ist, hohe Deponiegasbildungen. Wir kennen das beispielsweise auch von den Altlasten, die wir rund um Wels haben in den ehemaligen Schottergruben. Hier müssen wir die Deponiegase, die Methangasbildung und so weiter nach wie vor überwachen, auch wenn die teilweise seit Jahrzehnten stillgelegt sind. Und Methan ist natürlich das klimaschädlichste Gas, das es gibt, weil es quasi unwiderruflich in der Atmosphäre vorhanden ist, während man CO2 zumindest teilweise wieder binden kann.

Dementsprechend werden wir uns natürlich in dieser Richtung weiterbemühen wie in der Vergangenheit. Ich finde es sensationell, was wir mit der Fernwärme in Wels gemacht haben. Ein großes Dankeschön an dieser Stelle auch an die [anonymisiert], wo wirklich ein extrem hohes Bewusstsein für Klimaschutz und ein extremes Bemühen um die Energiewende vorhanden ist. Man sieht durchaus, dass die Energiewende durchaus auch etwas bringt, nicht nur dem Klima, sondern den Menschen nutzt. Wir haben ja 95 bis 99 % unserer Fernwärme aus erneuerbaren Energien gespeist und wir haben den niedrigsten Fernwärmepreis in ganz Österreich. Also man sieht, Umwelt und Klimaschutz muss nicht zu Lasten der Geldbörse gehen, sondern es kann Hand in Hand gehen. Aber in dieser Hinsicht waren wir uns bereits das eine oder andere Mal einig.

Bgm. Dr. Rabl: Es freut mich natürlich, dass dieser Gasvertrag diese grundsätzlichen Ausführungen zum Klimaschutz zulässt. Ganz prinzipiell freut es mich deswegen, weil wir uns viel Geld sparen. Und das war auch die Motivation für den Umstieg auf die Fernwärme, weil es langfristig gerechnet Geld bringt und damit ein besseres Budget. Das Geld, das wir sonst in den Gaspreis und Gasverbrauch hineinstecken, können wir uns einfach sparen, weil wir alternative Energieformen gewählt haben.

Das sieht man ja auch ganz deutlich bei der Menge, die wir verbraucht haben, die jetzt bei 0,950 Millionen Kilowattstunden liegt und schon bei 2,4 Millionen Kilowattstunden war. Da sieht man, dass wir systematisch umgestiegen sind. Es kommt uns natürlich zugute, dass der Preis in den vergangenen Jahren massiv gefallen ist. Wir waren schon bei einem Peak von 17,86 Cent pro Kilowattstunde und sind jetzt bei 4 Cent pro Kilowattstunde angelangt. Das heißt, das Budget wurde schon einmal wesentlich stärker dadurch belastet und ich bin der festen Überzeugung, dass jener Energieträger, der im Preis nachhaltig und berechenbar ist, immer der beste Energieträger ist. Wir müssen daher unsere eigenen Gebäude dämmen und dort, wo es sich auszahlt, auf alternative Energieformen setzen, um weiter Geld zu sparen. Immerhin wird die Lage für die Gemeinden nicht leichter, sondern eher schwerer und da ist auch jeder Euro, den wir uns einsparen, ein guter Euro.

Der Antrag zu Punkt 6. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

7.)

Beschaffung eines 3-Achs-LKWs mit Kran und Hakenlift
SD-Fu-309-2025

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 07.10.2025:

1. Die Zuschlagserteilung betreffend Ankauf eines LKW-Fahrgestells der Marke Volvo, Typ FM 6x2 an die Firma [anonymisiert] mit einem Auftragswert von EUR 171.600,00 inkl. USt. (Beilage 1) und
2. der Ankauf des Hakenlift- und Kranaufbaus an die Firma [anonymisiert], mit einem Auftragswert von EUR 181.374,00 inkl. USt. (Beilage 2) werden beschlossen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl.

Berichterstatter Vizebürgermeister Mag. Klaus Schinninger

8.)

Abschluss einer Subventionsvereinbarung für den
Neubau der KBBE Oberfelderhöfe
KI-103-1-2025

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Bildungs- und Gesundheitsausschuss am 02.10.2025:

Die Subventionsvereinbarung zwischen der Stadt Wels und dem [anonymisiert] zur Errichtung einer Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtung in Höhe von max. EUR 1.300.000,00 (Beilage 3) wird beschlossen.

GR. Faber Markus: Ich habe es bereits im Bildungsausschuss deponiert, dass wir GRÜNEN es grundsätzlich nicht wollen, dass parteinahe Organisationen Bildungseinrichtungen wie Kindergärten betreiben. Ich kritisiere hier nicht die Qualität der pädagogischen Arbeit von [anonymisiert]. Hierzu liegen mir keine Kritikpunkte vor, aber wenn parteinahe Organisationen öffentliche Bildungseinrichtungen betreiben, kann das zu einem Vertrauensverlust in die Unabhängigkeit der Bildung führen. Ich empfehle der Stadt dringend, den Fokus wieder auf stadteigene Kindergärten zu legen, denn das sollte eine ihrer Kernkompetenzen sein.

Dem Antrag werde ich trotzdem ohne Begeisterung zustimmen, weil der Kindergarten dringend gebraucht wird.

GR. Ebetshuber: Betreffend der geplanten 7-gruppigen-Einrichtung erkennen wir die Notwendigkeit der Betreuungsinfrastruktur bzw. diese weiter auszubauen, um den Anforderungen der Familien in der Stadt Wels gerecht zu werden. Jedoch sehen wir die daraus entstehende Personalsituation als besonders herausfordernd und kritisch an. Der betreibende Kindergartenverein hat im heurigen Jahr bereits eine zehngruppige Einrichtung eröffnet und in zwei Jahren soll die nächste siebengruppige Einrichtung folgen.

Dieses schnelle Wachstum wirft unsere Bedenken hinsichtlich einer Sicherstellung einer gleichbleibend hochwertigen Betreuung auf. Aus meiner persönlichen Erfahrung als ehemalige Regionalleiterin vom [anonymisiert] von 2013 bis 2016 weiß ich, dass ein wesentlicher Teil meiner damaligen Arbeit die Personalplanung war, wobei ich zwei viergruppige Einrichtungen und mehrere eingruppige Einrichtungen betreute. Es galt, planbare Abwesenheiten zu koordinieren, Urlaube, Operationen, längere Krankenstände und Zeitausgleiche effektiv zu managen. Besonders herausfordernd gestalteten sich jedoch ungeplante Abwesenheiten durch plötzliche Krankenstände oder durch zwischenmenschliche Konflikte im Team.

Die Auswirkungen solcher Situationen sind nicht nur intern spürbar, sondern haben auch eine spürbare Außenwirkung, die wir in jüngster Vergangenheit in städtischen Einrichtungen im Bereich Kinderbetreuung und Pflege erleben konnten. Vor diesem

Hintergrund möchten wir als ÖVP-Fraktion darauf hinweisen, dass uns eine qualitätsvolle Kinderbetreuung besonders am Herzen liegt. Wir gehen davon aus, dass das aktuelle Wachstum des Vereins zu schnell verläuft, um die erforderlichen Qualitätsstandards dauerhaft gewährleisten zu können und plädieren daher dafür, für die betreffenden Kinderbetreuungseinrichtungen alternative Betreuer mitzudenken.

Aus den o.g. Gründen werden wir uns als Fraktion der Stimme enthalten.

GR. Kroiß: Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil die Oberfelderhöfe sozusagen aus meiner Feder stammen und möchte kurz auf den erklärten Bildungsrahmenplan eingehen. Es ist ja nicht so, dass sich [anonymisiert] den Bildungsrahmenplan aus den Fingern saugt, sondern es ist ein österreichischer Standard, den sowohl die Stadt als auch alle privaten Rechtsträger einhalten müssen. Nicht wir geben vor, was dort gebildet oder gelehrt wird und welche sozialen Kompetenzen dort beigebracht werden, sondern das Land und das Bundesministerium.

Sie können in jeden Kindergarten kommen – ich spreche für alle privaten Rechtsträger – und sehen, nach welchem hohen Niveau und Standard diese dort arbeiten. Es ist dann etwas befremdlich zu hören, [anonymisiert] engagiert sich hier enorm, baut Kinder- und Bildungseinrichtungen und das passt, aber wenn es die Stadt machen würde, passt es besser. Es soll hier den Familien nicht immer diese Ungewissheit in den Bauch gelegt werden, bei diesen Einrichtungen muss aufgepasst werden, weil sie etwas anders arbeiten könnten.

Es gibt so viele tolle Facetten in der Bildung wie die Waldpädagogik, Montessoripädagogik und die allgemeine Pädagogik, sodass man hier gar nicht auf die einzelnen Rechtsträger eingehen soll, sondern das Gesamte im Auge behalten sollte. Zum Thema Wachstum hatten wir Erfahrung und es bestand jetzt dort die Möglichkeit, ein Grundstück zum Bau eines neuen Kindergartens zu bekommen. Wir wissen aus der Pernau, wo uns dankenswerterweise durch Silvia Huber ein Grundstück ermöglicht wurde, wie schwierig es in der heutigen Lage ist, dafür geeignete Grundstücke zu finden. Dann zu sagen, dass die Personalsituation in Wels und Umgebung schwierig ist, geben wir es wieder der Stadt, so tue ich mir damit schwer. Wenn die Stadt auch wieder einen Kindergarten bauen will, sagen wir dann auch, wegen der Personalnot können wir ihn nicht bauen? Oder bauen wir ihn dann schon?

Betreffend der alternativen Betreuungsmethoden ist der [anonymisiert] in Wels, Wels Land und ganz Oberösterreich sehr gut vernetzt. Wenn Kinder eine alternative Betreuung brauchen, so wenden sie sich an die Leiterin, diese hat immer ein offenes Ohr mit tollen Tagesmüttern. Auch der Kindertreff, der eine Kurzzeitbetreuung für Arztbesuche oder für Eltern, welche beim AMS gemeldet sind, ermöglicht.

Ich glaube, die Stadt Wels ist als Ganzes wirklich toll aufgestellt. Dann am Schluss zu sagen, für den Bau von hochwertigen und qualitativen Kinderbetreuungseinrichtungen zu sein, aber nicht von [anonymisiert], das hinkt etwas.

GR. Umlauf: Ich finde es grundsätzlich gut, dass ein Kindergarten gebaut wird. Es ist ganz wichtig, in Wels genügend Plätze für unsere Kindergartenkinder zur Verfügung zu stellen, auch wenn es ein privater Träger ist. Es gibt hier verschiedene Ansätze, die Stadt Wels

baut auch wieder einen Kindergarten und in diesem Fall war eben [anonymisiert] schneller. Wichtig ist, genügend Plätze zeitnah in Wels zur Verfügung stellen zu können.

Unsere Kindergärten sind der Grundstein für Chancengleichheit und ein wesentlicher Pfeiler zur Absicherung von Familien. In Wels müssen wir den Fokus darauf legen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wirklich möglich ist, dass unserer Kinder wirklich gut betreut sind und dass wir ein entsprechendes Angebot haben. Mich persönlich freut die geplante Integrationsgruppe sehr und finde sie für Wels sehr wichtig. Wir dürfen nicht vergessen, es werden viele, viele weitere Plätze benötigt. Wels wird weiterwachsen und wir müssen daher prüfen, in welchen Stadtgebieten wir mehr Angebote brauchen und wo die Stadt eigene Kindergärten baut.

Ich würde mir wünschen, dass in ein paar Jahren Wels einfach an der Spitze bei der Kinderbetreuung ist und wir uns auf die Fahnen schreiben können, viele Kindergärten gebaut zu haben, unsere Kinder können dann bei uns entsprechend, wie es die Familien brauchen, die Plätze bekommen und werden bei uns gut betreut.

GR. Mag. Drack: Wir sind uns in der Stadt Wels alle einig, dass Kinderbetreuung ein zentrales Anliegen ist, wo wir alle an einem Strang ziehen und wo wir mehr Plätze brauchen. Der Bedarf ist riesengroß und die Qualität steht aus gesetzlichen Gründen außer Zweifel, da gesetzliche Vorgaben eingehalten werden müssen. Ich möchte ein paar Kritikpunkte anbringen, weil es um die Zukunft und den Diskurs geht.

Die Kollegin der ÖVP-Fraktion sprach schon das schnelle Wachstum des Vereins [anonymisiert] an. Daher ist ein ausgewogenes Verhältnis zwischen städtischer, kommunal organisierter und privater Kinderbetreuung wichtig. Bei den privaten Kinderbetreuungseinrichtungen ist [anonymisiert] ein Parteiverein unter den privaten Anbietern. Wir beschließen heute eine Subventionierung in Höhe von 1,3 Mio. Euro an einen Verein, dessen Obfrau Frau Vzbgm. Raggl-Mühlberger bzw. deren Vertreter Herr Vzbgm. Gerhard Kroiß und der Finanzreferent Herr StR. Ralph Schäfer ist. Beim zweiten Verein [anonymisiert] ist dessen Obfrau Frau GR. Wohlschlager.

Es gibt also zwei Vereine, aber heute beschließen wir diese Subvention an den Parteiverein. Das hat natürlich eine etwas schräge Optik. Ein zweiter Kritikpunkt ist, die Kinderbetreuung vor allem jetzt für jene, die schon Kinder haben, prioritär sicherzustellen. [anonymisiert] eröffnete in der Durisolstraße einen neuen Kindergarten und Krabbelstuben, aber der höchste Bedarf ist nicht im Gebiet Durisolstraße, sondern dieser liegt vor allem bei den Alleinerziehenden in der Noitzmühle und der Gartenstadt. Die Durisolstraße ist aus diesen Stadtteilen nicht leicht erreichbar. Darüber erreichen uns beim [anonymisiert] sehr viele Beschwerden betreffend Hindernisse und Herausforderungen, die vor allem von der Gruppe der Alleinerziehenden nicht zu bewerkstelligen sind. Wenn man zweimal am Tag am KJ eine halbe Stunde braucht bis man das Kind von der Otto-Loewi-Straße oder der Noitzmühle in die Durisolstraße bringt, so ist das gerade bei mehreren Kindern und anderen Terminen schwer zu leisten.

Gott sei Dank haben wir diesen Kindergarten, aber insofern wäre ein Kindergartenbus anzudenken, um diese Versorgung, die wir jetzt benötigen, auch sicherstellen zu können.

StR. Dr. Oberndorfer: Ich darf noch einmal die Ausführungen der Kolleginnen Ebetshuber und Kroiß aufgreifen, insbesondere die Aussage, nicht auf den Rechtsträger zu schauen.

Wir sind uns alle einig, zusätzliche Kinderbetreuungseinrichtungen zu benötigen. Das wurde im Masterplan festgelegt und es wurde von uns als ÖVP-Fraktion gemeinsam mit den GRÜNEN- und der SPÖ-Fraktion in einem gemeinsamen Forderungspaket für die Budgetverhandlungen definiert, im Norden der Stadt eine Kinderbetreuungseinrichtung zu benötigen. Das steht außer Streit, da sind wir uns alle einig!

Wir brauchen also einen Kindergarten. Man soll aber nicht auf den Rechtsträger schauen. Ich sage, man soll doch auf den Rechtsträger schauen! Laut dem Statement der Kollegin Ebetshuber ist das sehr differenziert. Das ist keine pauschale Ablehnung von privaten Rechtsträgern und keine pauschale Ablehnung von [anonymisiert]. Ganz im Gegenteil, wir haben damals weitgehend einstimmig die Subvention für den Kindergarten in der Durisolstraße beschlossen – eine große Erweiterung des Arbeitsgebietes von [anonymisiert]. Diese hatte bis vor einem Jahr nur den Kindergarten in der Mohnstraße mit vier Gruppen. Dann kam eine fünfte Gruppe durch den [anonymisiert] dazu. Hier wurde gut organisiert, es passte und es gab keine negativen Rückmeldungen, soweit ich das überblicken kann.

Im September wurde der größte Kindergarten der Stadt Wels in der Durisolstraße mit zehn Gruppen eröffnet. Das heißt, sie sind um mehr als das Dreifache von vier auf fünfzehn Gruppen gewachsen. Jetzt, zwei Jahre später soll noch einmal eine Vergrößerung um weitere sieben Gruppen starten und dann sind wir bei 22 Gruppen. Von 4 auf 22 Gruppen entspricht einer Verfünffachung innerhalb weniger Jahre.

Laut GR. Christiane Kroiß soll man nicht auf den Rechtsträger schauen. Doch, man muss auf den Rechtsträger schauen, denn man muss schauen, ob dieser Rechtsträger überhaupt noch in der Lage ist, das organisatorisch zu stemmen. Da ich kein Kindergartenpädagoge bin, verlasse ich mich hier auf die Kollegin Ebetshuber, die einige Jahre Kindergärten geleitet hat, aber ich habe mich mit Leiterinnen unterhalten, die in neuen Kindergärten tätig waren. Z.B. der 14-gruppige Kindergarten in Gunskirchen, der sukzessive hochgefahren wird, weil dahinter eine gewaltige Organisation steht. Diese muss zusammenwachsen, die pädagogischen Kräfte müssen sich kennenlernen, lernen miteinander gut auszukommen. Es braucht einen entsprechenden Overhead, eine Verwaltung, die in der Lage ist, das alles organisatorisch zu stemmen.

Springer sind ganz wesentlich und wurden in die letzten Budgetverhandlungen hineinreklamiert und nach harten Verhandlungen konnten wir einen Teil dieses Springerpools auch umsetzen. Allerdings ist dieser bei der Stadt Wels angesiedelt. Wenn ich nicht auf den Rechtsträger schaue, werde ich als [anonymisiert] nicht auf diese Springer zurückgreifen können. Das kann nur die Stadt Wels, denn diese sind dort angestellt. Es macht also einen Unterschied, wer hier den Kindergarten betreibt. Die Stadt Wels hat damit genug Erfahrung, einen entsprechenden Overhead und einen entsprechenden Springerpool.

[anonymisiert] ist ein Verein, der sehr schnell gewachsen ist und jetzt in einer Konsolidierungsphase ist. Das muss jetzt einmal geschafft werden, wir hoffen alle, dass das in der Durisolstraße gutgeht, aber geben wir der Organisation die Zeit, die sie braucht. Ich sehe keinen Grund, warum man jetzt 2027 – kurz vor der Wahl – noch einen Kindergarten von [anonymisiert] unterstützen sollte. Ich glaube, es wäre besser, wenn dieser Kindergarten von der Stadt Wels betrieben werden würde. Liegenschaftseigentümer ist eine gemeinnützige Wohnbaugesellschaft und mit dieser

hätte sich die Stadt Wels sicher arrangieren können. Dieses Argument, es ist so schwer, Liegenschaften zu finden, lasse ich in diesem Zusammenhang nicht gelten.

Wir werden uns aus diesem Grund der Stimme enthalten, weil wir einerseits natürlich ja sagen zu zusätzlicher Kinderbetreuung, aber gleichzeitig nein sagen zu diesem Rechtsträger.

GR. Kroiß: Ich musste jetzt kurz darüber nachdenken, was gesundes Wachstum bedeutet, da hier der Vorwurf kam, der [anonymisiert] ist zu schnell gewachsen. Der Kindergarten in der Mohnstraße wurde 2017 eröffnet mit einer Vorlaufzeit der Planung von ca. 2 Jahren. In der Durisolstraße mit Eröffnung im September wurden 3 Jahre Vorprojektierung benötigt. Genauso lange arbeite ich an den Oberfelderhöfen (Karl-Bregartner-Straße). Es sind hier daher schon extrem viel Zeit, Arbeit, Wissen und pädagogische Vorarbeiten reingeflossen.

Man kann nicht einfach sagen, hier ist ein Grundstück, da kann ich hinbauen. Da tragen sehr viele Faktoren dazu bei. Es war nicht einfach eine Entscheidung, die leicht oder aus dem Stehgreif gefallen ist. Das war eine lange Arbeit, die wirklich präzise gemacht wurde. Angefangen von „was wird neu gebaut“ haben wir uns damit sehr gut beschäftigt. Der Rechtsträger ist zwar [anonymisiert], Kinder- und Jugendbetreuung, der diese Häuser errichtet. Allerdings steht dann ein Team für den pädagogischen Teil dahinter.

Wir verwechseln jetzt Kraut mit Rüben, denn das eine ist der Verein, der diese Gebäude baut, der es möglich macht, dort Kinder zu betreuen und zu bilden. Dann gibt es noch den Verein - den Betreiber – mit den Pädagoginnen und Leiterinnen. Ja, Gunskirchen hat 14 Gruppen mit einer Leitung der Verwaltungskräfte. Aber auch diese stellten nach der Eröffnung fest, dass es zu klein ist. Die Durisolstraße war konzipiert mit 7 Gruppen. Daraufhin kam ein neues Landesgesetz und daraufhin kam der Vorschlag mit 10 Gruppen zu bauen. Das war keine leichte Entscheidung, aber wir haben sie zum Wohle der Familien getroffen. Wenn man jetzt sagt, das ist kein gesundes Wachstum, dann frage ich mich, wie man gesundes Wachstum definiert.

Wenn ich genug Pädagogen für ganz Oberösterreich habe, dann können wir aufhören, Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen zu machen. Wachsen wir langsam, so wird es irgendwann einmal heißen, es gibt zu wenig Plätze und wir müssen überbelegen. Keine Eltern, keine Pädagogen und Assistenzkräfte möchte eine Überschreitung. Trotzdem machen wir es, um den Familien die Möglichkeit zu bieten, damit beide Eltern ihren Beruf ausüben oder ein Studium machen können.

Ja, der Weg ist nicht immer der einfachste zu einer Betreuungseinrichtung, aber die Durisolstraße erreicht man mit Bus, Auto oder zu Fuß auf verschiedenen Wegen. Ich glaube, es wurden sogar Fahrgemeinschaften von den Eltern entwickelt, weil sich diese zusammenschlossen und Möglichkeiten fanden. Als Elternteil ist man manchmal schon dazu verpflichtet, sich selbst Gedanken zu machen, wie mein Kind betreut werden kann. Dafür gibt es viele Möglichkeiten. Aber dann zu sagen, die Durisolstraße ist ungelegen platziert bzw. liegt geografisch ungelegen für von woanders kommenden Eltern? Ja, man kann es leider nicht allen rechtmachen. Es ist in der heutigen Zeit nicht einfach, Grundstücke in dieser Dimension zu finden.

Jetzt aber die Arbeit, die ein Verein jahrelang geleistet hat, einfach schlecht zu machen oder klein zu reden, weil es jemand anderer auch machen könnte, so steht es jedem

Verein frei, so etwas zu organisieren. Dazu wünsche ich viel Glück und eine tolle Zeit, weil hier sehr viel Arbeit reinfließt.

Vzbgm. Mag. Schinninger: Liebe Christiane, ich möchte mich dir anschließen: Es ist alles wirkliche Knochenarbeit! Von der Idee bis zur Durchführung und zur Inbetriebnahme ist das kein Sprint, sondern ein Marathonlauf. Wir haben 1995 eine der ersten Krabbelstubben in Wels eröffnet und daher weiß ich persönlich, was das für eine Arbeit ist.

Ich möchte eine Lanze für alle Anbieter von Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen in der Stadt brechen, egal ob das die Stadt selbst ist oder die vielen privaten Anbieter. Es wird dort überall sehr gute Arbeit geleistet. Die Pädagoginnen und die Mitarbeiter vor Ort leisten wirklich hervorragende Arbeit und alles eingebettet in die gesetzlichen Rahmenbedingungen. Alles wird sich dabei ganz genau angesehen und kontrolliert, wie dort tatsächlich gearbeitet wird.

Wir brauchen in all unseren Einrichtungen – egal welcher Betreiber - zusätzliches Personal. Vor allem brauchen wir überall die zunehmende pädagogische Expertise. In vielen Einrichtungen haben wir zunehmend ein Problem, Pädagogen in der richtigen, qualitätsvollen Ausbildung zu bekommen. Das wird für uns alle eine Herausforderung werden!

Kollegin GR. Umlauf erwähnte es bereits, dass es um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, um Chancengleichheit und um Teilhabe geht. Daher sind wir wirklich verpflichtet, alles zu ermöglichen, um jeden einzelnen Kindergarten- und Krabbelstubenplatz zu schaffen. Mir ist es gelinde gesagt egal, wer tatsächlich der Betreiber einer solchen Einrichtung ist.

Der Antrag zu Punkt 8. der Tagesordnung wird mit

29 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, GRÜNE-Fraktion ohne GR. Mag. Drack, MFG)
gegen 5 Stimmenthaltungen (ÖVP-Fraktion, GR. Mag. Drack)

angenommen.

9.)

Abgangsdeckungsvereinbarung für die KBBE Oberfelderhöfe
KI-103-1-2025

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Bildungs- und Gesundheitsausschuss am 02.10.2025:

Die Abgangsdeckungsvereinbarung zwischen der Stadt Wels und dem [anonymisiert] wird beschlossen.

Der Antrag zu Punkt 8. der Tagesordnung wird mit

29 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, GRÜNE-Fraktion ohne GR. Mag. Drack, MFG)
gegen 5 Stimmenthaltungen (ÖVP-Fraktion, GR. Mag. Drack)

angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Ralph Schäfer, BSc MSc

10.)

Ehrengrabwidmung, Friedhof der Stadt Wels
SD-Fh-252-2025

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Bau-, Wohnungs- und Stadtentwicklungsausschuss am 08.09.2025:

Die Umwidmung der Grabstätte [anonymisiert] zu einem Ehrengrab wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

11.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 516/C.1 (Stadtteil: Puchberg)
BauR-269-06-4-2023

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Bau-, Wohnungs- und Stadtentwicklungsausschuss am 08.09.2025:

Die Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 516/C.1 (Stadtteil: Puchberg) wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

D r i n g l i c h k e i t s a n t r a g der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Erarbeitung eines umfassenden Maßnahmenpaketes zur
Unterstützung von Jugendlichen ohne Beschäftigung oder Lehrstelle
Verf-015-I-21-2025

GR. Thomas Loibingdorfer: Um was geht es in diesem Dringlichkeitsantrag? Es geht um die Jugendarbeitslosigkeit, welche medial schon aufgenommen wurde. Bei dem einen oder anderen ist Wels leider das Schlusslicht. Sowohl die Arbeiterkammer als auch die Wirtschaftskammer haben diesbezüglich schon Pressemitteilungen veröffentlicht, wo auch gefordert wird, dass die Politik Initiativen ergreifen soll. Ich möchte auch dem Kollegen StR. Rammerstorfer danken, der bereits im Mai im Gemeinderat eine Initiative für den Arbeitsmarktgipfel eingebracht hat. Leider ist dieser dann im Ausschuss gelandet und wurde nicht mehr weiterverarbeitet.

Worum geht es konkret? Wir haben in der Stadt Wels rund 900 Jugendliche, welche derzeit keine Beschäftigung haben. 500 sind arbeitslos, 105 sind lehrstellensuchend und ca. 330 sind beim AMS in Schulungen. Wir reden hier von jungen Menschen, die etwas leisten wollen. Wenn sie in dieser entscheidenden Lebensphase alleine gelassen werden, riskieren wir nicht nur ihre Zukunft, sondern auch den sozialen Zusammenhalt in der Stadt. Wir müssen gemeinsam nach vorne schauen, die jungen Menschen mitnehmen und nicht tatenlos zuschauen oder nichts tun, denn dadurch entstehen soziale Brennpunkte.

Wir fordern daher ein umfassendes Maßnahmenpaket – wie bereits im Antrag mit kurzen kleinen Beispielen skizziert – etwa ein Jugendarbeitsmarktforum mit der Stadt Wels, dem Arbeitsmarktservice, mit Schulen und Betrieben an einem gemeinsamen Tisch oder gezielte Kooperationen mit Betrieben und mit Ausbildungsstätten oder auch der Ausbau von Berufsorientierungen sowie Coachingangeboten insbesondere für benachteiligte Jugendliche. Diese Maßnahmen sind keine leeren Worte, sie sind Investitionen in die Zukunft unserer Stadt. Jeder Jugendliche, dem wir hier eine Chance geben, ist ein Gewinn für die Stadt Wels.

Ich sage klar: Ein jeder Jugendliche, der keine Arbeit findet, ist einer zu viel. Jede Lehrstelle, die unbesetzt bleibt, ist eine vertane Chance. Und in jeder Woche, in der wir tatenlos zusehen, verschärft sich das Problem weiter. Als Gewerkschafter und Arbeitnehmervertreter ist es mir ein Bedürfnis, dieses Thema hier einzubringen. Ich appelliere an alle Fraktionen, unterstützen wir gemeinsam diesen Antrag im Sinne einer zukunftsorientierten Stadtpolitik. Vielen Dank.

GR. Ebetshuber: Also dieses Thema juckt mich gewaltig, das muss ich ehrlicherweise sagen, vor allem die Zahlen. Das AMS-Wels besteht aus Wels Land und Wels Stadt. Das heißt, die konkreten Zahlen sind nicht 900 Jugendliche, sondern 679. Wir haben 319 Arbeitslose, 266 in Schulungen und 94 Lehrstellensuchende. Falls wer die Zahlen vom letzten Jahr haben möchte, die sind de facto gleich, Abweichung von ein, zwei Personen.

Ich nehme an, dass die Basis für den Bericht von euch der Arbeiterkammerbericht vom 25. September ist, aber dieser enthält auch Folgendes. Ich zitiere: „Der durchschnittliche Anstieg in den oberösterreichischen Bezirken beträgt 4,8 %. Ein Lichtblick. Im Vergleich

zum Vorjahr gab es im August im Bezirk Wels 17 offene Lehrstellen mehr, ein Plus von 18,7 Prozent. Wels gehört damit zu fünf von 15 oberösterreichischen Bezirken, die einen Zuwachs an Lehrstellen verzeichnen können."

Manche von euch wissen es, ich bin als Vertretungstrainerin in diversen Projekten in Oberösterreich unterwegs. Ganz konkret in Wels, Eferding, Grieskirchen und Kirchdorf. Da bin ich auch hin und wieder bei Jugendpaketen tätig. Wenn man sich die arbeitslosen Jugendlichen ansieht und es genauer analysiert, dann bemerkt man, dass in dieser Statistik vom September jene enthalten sind, die jetzt gerade die Nachprüfung nicht geschafft haben. Es sind aber auch jene enthalten, die Ferien hatten und jetzt gerade erst am Arbeitsmarkt in Kursen aufschlagen oder sich beim AMS melden. Weiters sind auch die enthalten, welche einen negativen Hauptschulabschluss haben, aber eine große Motivation sowie Ehrgeiz und Einsatzbereitschaft zeigen. Die sind in der Regel nicht das Problem, diese finden meistens in Kürze eine Lehrstelle, meistens bis November, in der Regel bis vor Weihnachten. Übrig bleiben jene, die einen negativen Hauptschulabschluss und wenig Motivation haben oder in der Hauptschule so viele Defizite erlangten und die Beschulung in der zweiten oder dritten Klasse endete.

Nein, das ist jetzt kein Märchen, sondern meine Fraktion weiß das bereits, weil ich es ihnen schon erzählt habe. Vor drei Wochen war ich in so einem Kurs und da waren zehn Teilnehmer. Von diesen hatten allerdings nur vier einen (gerade noch) positiven Hauptschulabschluss. Viele davon sind in der dritten Klasse hängen geblieben und drei davon in der zweiten Klasse Hauptschule. Das heißt, da sitzt ein 13- oder 14-jähriger Jugendlicher, der eigentlich in der vierten Klasse Hauptschule sein sollte, ist aber in der zweiten oder dritten Klasse. Das macht etwas mit dem Klassenverband und kann zu einer wahnsinnigen Demotivation führen bzw. hoffentlich nicht zu einer Vorbildwirkung für andere Schüler.

In der letzten Gemeinderatssitzung habe ich bereits die Ausbildungspflicht erwähnt. Ich muss leider wieder darauf zurückkommen, weil es bedeutet, dass alle Jugendliche bis 18 Jahre entweder eine Lehre absolvieren, in einer Schulung, in einem Jugendcoaching oder in einer Ausbildungsfitmaßnahme sind. Die bedeutet genau das, wir machen sie ausbildungsfit. Ich habe mir die Zahlen rausgesucht, was denn das konkret heißt. Es gibt eine Jugendlandkarte, welche von der Koordinierungsstelle erstellt wird, die heißt „KOST". In dieser ist enthalten, dass wir 7 Angebote für Berufsinfo, 6 Angebote für Beratungen, 9 Angebote, wo Jugendliche begleitet werden, 15 Angebote an Kursen und 10 Angebote an Ausbildungen haben. Und es nicht die Lehre, das sind überbetriebliche Maßnahmen wie Über- oder Teilqualifikationsmaßnahmen. D.h., ein Maßnahmenpaket zu erarbeiten, das sehen wir nicht, denn das ist gesetzlich verankert und das gibt es schon. Da gibt es einen gesetzlichen Auftrag, denn die Ausbildungspflicht hat auch ein Gesetz dahinter - das Ausbildungspflichtgesetz.

Wir wollen uns dem Thema annehmen, weil die Jugendarbeitslosigkeit grundsätzlich einfach ein wahnsinnig wichtiges Thema ist. Wir freuen uns bzw. sind neugierig auf die Abhaltung des Jugendarbeitslosigkeitsgipfels mit allen Stakeholdern, die hier dazu gehören, in der Hoffnung, dass die Zahlen noch weiter nach unten gehen. Wenn wir nächstes Jahr dastehen, können wir vielleicht nicht nur sagen, dass es ein oder zwei weniger geworden sind, sondern vielleicht können wir dann von einem mehrstelligen Bereich reden.

GR. Aspetzberger: Wir geben dem SPÖ-Antrag tatsächlich recht, dass es aktuell schwierig ist am Arbeitsmarkt. Aber warum ist es schwierig am Arbeitsmarkt? Es ist deswegen, weil die Wirtschaft schwächelt. Und warum schwächelt die Wirtschaft? Weil wir derzeit eine sehr eigenartige Politik in Europa erleben. Das hat der Kollege GR. Mag. Hammerl, MA heute schon mit den Gaspreisen ausgeführt. Also es gibt derzeit sehr viele Punkte, die sich negativ auf die Wirtschaft ausüben. Ich glaube auch, dass jeder, der sich mit Politik beschäftigt und ein bisschen darüber nachdenkt, auch weiß, was diese Punkte sind. Wir müssen hoffen, dass diese so schnell wie möglich von Seiten der europäischen Union und von Seiten unserer Bundesregierung umgesetzt werden. Aber wenn die Wirtschaft schlecht ist, ist das natürlich ganz klar, dass der schlechte Arbeitsmarkt oder die negative Auswirkung auf den Arbeitsmarkt nicht lange auf sich warten lässt.

Wo ich aber schon ein bisschen korrigieren möchte, Herr Kollege GR. Loibingdorfer, der Antrag von den GRÜNEN zu einem Wirtschafts- und Arbeitsmarktgipfel wurde natürlich im Ausschuss nicht schubladisiert. Es ist nicht so, dass er nicht weiterbehandelt wurde – ganz im Gegenteil. Ich habe mich heute im Büro des Bürgermeisters erkundigt: Es gibt hier bereits für Ende November einen Termin, bei dem die entsprechenden Persönlichkeiten eingeladen werden, um einen solchen Gipfel abzuhalten. Wir wollen jetzt einmal die Ergebnisse von diesem Gipfel abwarten.

Ich stelle daher den Antrag zur Geschäftsordnung auf Zuweisung dieses Dringlichkeitsantrages in den zuständigen Ausschuss.

Der Antrag von GR. Aspetzberger auf Zuweisung dieses Dringlichkeitsantrages in den zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion wird mit

22 Ja-Stimmen (FPÖ-, ÖVP-Fraktion, MFG)
gegen 12 Nein-Stimmen (SPÖ-, GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Bgm. Dr. Rabl: Der Termin ist übrigens am 25.11. Die Einladung wurde schon ausgesendet.

StR. Dr. Oberndorfer: Danke für die Einladung für diesen Gipfel, die während dieser Gemeinderatssitzung ausgesendet wurde. Zwar nicht in Abstimmung mit mir als Wirtschaftsreferent, aber schön, dass du einen Wirtschaftsgipfel einberufst, Herr Bürgermeister. Also ich darf das noch einmal betonen, wir nehmen natürlich gerne teil.

D r i n g l i c h k e i t s a n t r a g der ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend
Beginn der Planungen für den Neubau der Volksschule West
Verf-015-I-22-2025

StR. Dr. Oberndorfer: Ich freue mich, dass heute so viel über die Bildung gesprochen wird. Wir haben vorhin schon darüber diskutiert, wie wir unseren Kleinsten die beste Bildung zukommen lassen können. Und jetzt gehen wir sozusagen eine Altersstufe höher. Jetzt

geht es um den Neubau der Volksschule in Wels-West bzw. um die Sanierung der Volksschulen 10 und 11, das sind die beiden Volksschulen in Lichtenegg.

Am 06. Oktober haben die in der Stadt zuständigen Referenten ein Schulsanierungskonzept für die nächsten sechs Jahre vorgestellt. Dabei war die Rede davon, dass die Volksschulen 10 und 11 in Lichtenegg umfassend saniert werden sollen. Und zwar sollen die Fenster getauscht werden, es soll die Fassade und die Heizungsanlage, die Turnhalle im Innenbereich, die Sanitäranlagen der Turnhalle und das Dach erneuert werden. Außerdem sollen die Schulgebäude durch die Schaffung von dringend benötigten Ganztagesschulplätzen erweitert werden.

Wir glauben, dass solche umfangreichen Umbaumaßnahmen nicht ausschließlich in den Ferien möglich sein werden. Wenn ich das Ganze nicht in den Ferien abwickeln kann, wird es naturgemäß zu einer Beeinträchtigung des Schulbetriebes während des laufenden Schuljahres kommen. Das werden die Schüler und die Lehrer spüren. Vor allem deshalb, weil die Volksschulen 10 und 11 ja jetzt schon überbelegt sind und man dort schon unter Raumnot leidet. Jede zusätzliche Belastung führt dementsprechend dazu, dass diese Raumnot durch diese Überbelegung noch verstärkt wird. Für uns ist es denkbar, dass aufgrund der Umbaumaßnahmen dann beispielsweise Container aufgestellt werden müssen und die Schüler dann dort für einige Monate beschult werden. Wenn man das vermeiden kann, ist es gut. Wenn man es schafft, die Schule in Lichtenegg innerhalb der Ferien zu sanieren, wunderbar. Wenn man das aber nicht schafft, dann braucht es ein adäquates Ausweichquartier. Und wenn ich jetzt eins und eins zusammenzähle, einerseits den Neubau der Schule in Wels-West / Noitzmühle, und andererseits die Sanierung der beiden Schulen in Lichtenegg, dann ergibt sich für uns zumindest folgende logische Abfolge. Bauen wir doch bitte zuerst, und zwar so schnell wie möglich, die Schule in Wels-West und sanieren wir dann die beiden Volksschulen in Lichtenegg. Warum? Wenn wir schon eine Schule haben, die noch nicht in den Regelbetrieb gestartet ist, dann können wir – falls es notwendig wird – die Schüler, für die es aufgrund der Umbaumaßnahmen unerträglich ist weiter in der Volksschule Lichtenegg beschult zu werden, zumindest vorübergehend in die neue Volksschule übersiedeln. Wenn dann die Volksschulen in Lichtenegg saniert sind, können natürlich die Schüler wieder zurückkehren und der Regelbetrieb kann in der neuen Schule in der Noitzmühle starten. Das ist eigentlich ganz einfach, aber es setzt voraus, dass man die Schule in Wels-West rasch angeht.

Wir haben aus den Medienberichten entnommen, dass die Planungen für diese Schule im Jahr 2027 starten sollen. Wir wissen, es gibt da Themen mit dem Grundstück usw. Aber wir regen an, dass man so schnell wie möglich die Voraussetzungen für den Schulneubau schafft und dass man dies auch entsprechend im Budget vorsieht. Im Dezember haben wir ja ein Doppelbudget für die nächsten beiden Jahre zu beschließen. Wir wünschen uns also, dass dieser Schulneubau hier auch schon entsprechend in den beiden nächsten Jahren berücksichtigt wird und die Planungen so rasch als möglich vorangetrieben werden. Und das Ganze in dieser zeitlichen Abfolge: Zuerst der Neubau und dann kann die Sanierung auch tatsächlich vonstattengehen.

Ich ersuche um Diskussion und es würde mich freuen, wenn wir das einstimmig beschließen könnten. Denn ich glaube, so unverständlich ist dieser Antrag nicht. Es geht schließlich darum, dass wir hier eine Situation schaffen, die für die Schüler, für die Lehrer, aber auch für die Stadt Wels (diese könnte sich einiges an Kosten ersparen, wenn man

beispielsweise keine Container braucht) tragbar ist. Dass man das alles in Erwägung zieht und bei der Beschlussfassung entsprechend auch berücksichtigt. Vielen Dank!

Vzbgm. Mag. Schinninger: Lieber Kollege StR. Dr. Oberndorfer, zuerst einmal vielen Dank für den Dringlichkeitsantrag, der in manchen Bereichen ja Wasser auf unseren Mühlen ist. Ginge es nach uns, nach der SPÖ-Fraktion hier im Gemeinderat, würde die Schule Wels-West schon viele, viele Jahre stehen. Mein Vorgänger hier im Stadtsenat, Kollege GR. Johann, „Johnny“, Reindl-Schwaighofer, MBA, hat ja vielmals die Schule im Westen der Stadt gefordert. Wir haben seit vielen Jahren die Notwendigkeit gesehen, eine neue Schule für Wels errichten zu müssen. Es war, zumeist aus politischen Gründen, leider nicht möglich, die Schule im Westen der Stadt so zu bauen, dass sie vielleicht schon seit ein, zwei oder drei Jahren tatsächlich im Betrieb sein können. Wir haben nicht nur aufgrund des Masterplanes festgestellt, dass die Schule tatsächlich dringend notwendig ist. Hier muss ich dir gleich widersprechen, eine wirkliche Raumnot haben wir nicht. Denn unsere Mitarbeiter bei der Stadt Wels, vor allem der Kollege Kastner, sind in enger Kooperation und im engen Austausch mit den jeweiligen Direktoren und wir finden immer wieder Möglichkeiten, die Schüler ordentlich und adäquat zu unterrichten. Ich verhehle es auch gar nicht, dass es in manchen Bereichen durchaus sehr beengt ist. Daher ist es unbedingt und dringend notwendig, die Schule Wels-West zu bauen.

Mir persönlich – ich habe das sehr oft auch mit dem Herrn Bürgermeister besprochen – wäre es wirklich lieber, wenn wir die Schule bereits im Schuljahr 2028/2029 in Betrieb nehmen könnten. Nur gibt es jetzt leider ein paar Unwägbarkeiten, dass wir es im Herbst 2028 mit großer Wahrscheinlichkeit nicht schaffen werden. Daher setzen wir alles daran, die Schule tatsächlich im Herbst 2029 in Betrieb gehen zu lassen.

Du hast es ja in einem Halbsatz gesagt, dass wir dort im Westen der Stadt mit dem Grundstück ein Thema haben. Es hat sich jetzt herausgestellt, dass das Grundstück in manchen Bereichen leider nicht bebaubar ist. Hier gibt es ein Verbot das irgendetwas daraufgestellt werden darf, daher benötigen wir zusätzliche Grundstücke. Die Verhandlungen diesbezüglich werden geführt. Vom Herrn Bürgermeister wurde mir kürzlich mitgeteilt, dass die Verhandlungen auf einem guten Weg sind. Ich bin guter Dinge, dass wir in ein paar Monaten - wir sprechen nicht von Tagen, nicht von Wochen – tatsächlich die Grundstücke ankaufen können. Dann haben wir einen Planungshorizont, den wir – du weißt es besser als ich – immer auch mit der Bildungsdirektion Oberösterreich absprechen müssen. Denn die Bildungsdirektion ist für das Raumerfordernis, für das pädagogische Konzept und damit auch für die Planungen zuständig. Wir brauchen hier Behördenverfahren und Ausschreibungen - alles zwar kein Hexenwerk, aber es bedarf alles lange Zeit. Und daher vertrauen wir auf die Einschätzung unserer Experten, allen voran Mario Kastner, dem ich wirklich für die große Unterstützung danken möchte, dass wir es vorher einfach leider nicht schaffen werden. Also wir werden 2028/2029, vielleicht schon 2027, in eine Bauphase kommen und hoffen, dass alles gut geht und wir im Herbst 2029 dort in Betrieb gehen können. 14 Klassen, 3-fach Turnhalle, nur damit wir wissen, wovon wir sprechen.

An der zukünftigen VS 11 Lichtenegg, also jetzt 10 und 11, die wir dann zusammenlegen müssen – die 10er wird dann die „West“ und die 11er wird „Lichtenegg“ – sind wir auch nicht Herr im eigenen Haus, weil auch alles mit der Bildungsdirektion Oberösterreich abgeklärt werden muss. Ich habe vor ziemlich genau 2,5 Stunden mit dem Herrn

[anonymisiert] ein Gespräch geführt und er hat mir all das bestätigt, was ich jetzt gesagt habe und noch sagen werde, also enge Kooperation mit der Bildungsdirektion.

Wir werden im Altbau VS 10 Sanierungsmaßnahmen vornehmen und gleichzeitig auch Adaptierungsmaßnahmen für die Ganztagesschule (GTS) vornehmen müssen. Für die GTS sowie für das neue Direktorat und neue Kollegium brauchen wir eine neue, adaptierte Verwaltungsebene. Weiters brauchen wir für die GTS per se unter anderem auch eine Ausspeisungsküche und Ausspeisungsmöglichkeiten. Auch hier sagen mir die Experten, da werden wir nicht vor dem Herbst 2029 fertig werden.

Lieber Martin, es wird auch keine Erweiterung des Schulgebäudes VS 10 und VS 11 geben. Wenn wir parallel die Schule im Westen bauen und VS 10 / VS 11 – dann VS 11 alleine – sanieren, werden logischerweise in der Schule Räumlichkeiten frei, die wir dann eben unter anderem für die Verwaltungsebene oder die Ausspeisung verwenden können.

Unsere Experten sagen mir, dass alle diese Adaptierungsarbeiten, die in den beiden Gebäuden vorzunehmen sind, in den Sommermonaten (Schulferien) im Kalenderjahr 2028/2029 vorgenommen werden können. Wir haben ja auch noch andere Ferien, in denen wir auch diese Adaptierungsmaßnahmen und Arbeiten vornehmen können. Bei den Dach- und Fassadenarbeiten ist sich die Dienststelle sicher, dass diese während des Schuljahres und ohne Beeinträchtigung des Unterrichtes vorgenommen werden können. Du zeichnest jetzt ein Schreckensszenario von Containerklassen – Nein, wir werden dort keine Containerklassen brauchen. Wir werden es tatsächlich schaffen, dass wir all das ohne Containerklassen vornehmen können. Wenn wir diese Bauarbeiten so gestalten, wie du meinst, würden wir in der zukünftigen VS 11 im Schuljahr 2029/2030 keine GTS-Plätze anbieten können, sondern es würde sich alles nach hinten verschieben.

Worauf wir ebenfalls achten müssen, dass wir neue Sprengelgrenzen einziehen müssen. Wenn wir die Schule Wels-West haben, wurde auch mit der Bildungsdirektion vereinbart, dass wir die Sprengelgrenzen neu ziehen müssen. Aus unserer Sicht ist daher eine parallele Abwicklung der beiden großen Bauprojekte Wels-West und VS 10 / VS 11 unbedingt erforderlich.

Ich wurde letzte Woche gefragt, wie die Schule im Westen der Stadt voll wird. Wir werden die Eltern informieren, dass ein Teil der Kinder, welche im Herbst 2027 und 2028 Schulanfänger sind, von der Schulstraße in die neue Schule im Westen der Stadt übersiedeln kann. Denn sonst hätten wir irgendwann mal, im Herbst 2029, nur erste Klassen und das würde ja nicht funktionieren, sondern wir haben dann Erst-, Zweit- und Drittklassler. Aus unserer Sicht ist es nur klug und sinnvoll, beide Projekte gleichzeitig umzusetzen.

<u>GR. KR. Schönberger:</u> Es ist ein sehr spannender Antrag. Wie ich diesen gelesen habe, habe ich mir gedacht, offensichtlich ist die ÖVP draufgekommen, dass wir doch Schulen in Wels brauchen. Weiters ist man auch daraufgekommen, dass die anderen Schulen in Wels schon relativ alt sind. Ich bin einer, der in der letzten Funktionsperiode auch schon in diesem Haus gesessen ist. Ich weiß, dass wir eigentlich diese Schule West schon seit 10 Jahren hier fordern. Und genau die ÖVP war eigentlich die Partei, die Steigbügelhalter war, um unsere Anträge zu diesem Neubau dieser Schule alle zu schubladisieren und abzulehnen. Sich heute auf populistischer Weise hinzustellen und zu sagen, jetzt brauchen wir sie aber ganz notwendig, denn wir müssen die 10er und 11er Schulen auch

sanieren, dazu muss ich euch sagen, die waren vor 10 Jahren auch schon alt. Da gab es bereits vor 10 Jahren Sanierungsbedarf – die Turnsäle waren damals auch in keinem sehr guten Zustand. Wir hätten all diese Probleme nicht, würde diese neue Schule heute schon stehen oder vielleicht jetzt schon in Betrieb gehen. Wir hätten dann auch schon gewusst, wenn wir das Projekt angegangen hätten, dass das Grundstück vielleicht zu klein ist. So haben wir jetzt erst unter dem neuen Bildungsreferenten wieder begonnen, dass man dieses Projekt aufrollt und bearbeitet und vielleicht die Zahlen einmal wirklich richtig liest und man doch sieht, dass wir dort eine Schule brauchen. Dieser „Aha - Effekt“ ist ja auch erst in dieser Funktionsperiode gekommen. Aber ich finde den Zugang eigentlich sehr populistisch. Martin, es freut mich, dass mit deinem Einzug bei der ÖVP vielleicht auch eine gewisse Weitsicht in eurer Partei eingekehrt ist. Aber, dass diese Schule heute nicht steht und dass wir diese Problematik haben, die du da in dem Antrag aufwirfst, das ist die Schuld deiner eigenen Partei.

GR. Aspetzberger: Wir schließen uns der Meinung von Herrn Vizebürgermeister Mag. Klaus Schinninger an. Es ist ja so, dass es bereits massive Planungen gibt. Es ist ja nicht so, dass das Projekt irgendwo in der Ecke liegt und darauf wartet, bearbeitet zu werden. Es gibt ja schon konkrete Gespräche, um die entsprechenden Grundstücke anzukaufen oder um ein pädagogisches Konzept zu entwickeln usw. Aber man kann sich natürlich vorstellen, dass bei einer so riesigen Schule, auch ein massiver Planungsaufwand dahintersteckt, denn es wird ja immerhin eine Großbaustelle.

Ich stelle daher den Antrag zur Geschäftsordnung auf Zuweisung dieses Dringlichkeitsantrages in den zuständigen Ausschuss.

Der Antrag von GR. Aspetzberger auf Zuweisung dieses Dringlichkeitsantrages in den zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl: Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

H I N W E I S für Internet-Nutzer:

Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 15.12.2025 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.